empfindliche Beeinträchtigungen zu befürchten. Es wird also von nicht geringem Interesse sein, die württembergische Eisenbahnpolitik und ihre Einwirkung auf Bayern aufmerksam zu verfolgen.

Das **Jahresbudget des russischen Reiches** hat sich seit 1891 in Einnahmen und Ausgaben nahezu verdoppelt. Im Jahre 1900 wurden 1736 Mill. Rubel vereinnahmt gegenüber 928 Mill. Rubel in dem erstgenannten Jahre. Annähernd dieselbe Steigerung zeigen die Ausgaben, nämlich 779 Mill. Rubel mehr als im Etat für 1891. Von diesen Mehrausgaben beanspruchte 325 Mill. die Fortführung und Neuanlage von Eisenbahnbauten, 172 Mill. entfallen auf das Finanzministerium infolge der Durchführung des staatlichen Spiritusmonopols. Das Kriegsministerium hat im letzten Jahre 142, das Marineministerium 43 Mill. Rubel mehr erfordert als im Jahre 1891. Der verhältnißmäßig geringe Rest der Mehrausgabe des diesjährigen Etats vertheilt sich auf die übrigen 11 Ressorts und beträgt für das Justizministerium 22, für das Finanzministerium und die Generalcontrole des Rechnungswesens 19, für das Landwirthschaftsministerium 16, für den Heiligen Synod 12, für das Unterrichtsministerium etwa 10 Millionen Rubel. Mehraufwendungen gegen den Beginn der letzten Decade. Die russische Staatsschuld ist, nach einem kürzlich veröffentlichten Bericht des russischen statistischen Bureaus für Finanzwesen, der einen Ueberblick über die letzten 15 Jahre giebt, ebenfalls bedeutend gewachsen. Am 1. Januar belief sich der rechnungsmäßige Betrag der Staatsschulden auf ca. 3,3 Milliarden Rubel, wovon nur etwa 1¾ Milliarde durch den Werth der Staatseisenbahnen und durch Schuldforderungen an Privateisenbahn-Gesellschaften gedeckt waren. Es ergiebt sich somit für den Beginn der in Uebersicht gezogenen Periode ein Passivabestand von über 2 Milliarden Rubel, die einem jährlichen Zinsaufwand von 4,8 Procent erforderten. Für das Jahr 1902 wird der Betrag der Staatsschulden auf circa 4,3 Milliarden Rubel bei einem Zinssatze von 4 Prc. angegeben. An Activen stehen diesen Passivabeständen gegenüber 40 000 km Eisenbahnen, die im letzten Jahre einen Reingewinn von circa 91 Millionen Rubel (244,4 Millionen Mark) ergeben haben, ferner staatlicher Actienbesitz und die in der russischen Staatsbank investirten Capitalien, insgesammt ein Creditbestand, der auf 3,4 Milliarden Rubel berechnet wird, sodaß an ungedeckten öffentlichen Schulden nur annähernd 1 Milliarde Rubel verbleiben würde.

Deutsches Reich.

△ **Berlin**, 13. December. (Die Belastung des Consumenten durch die Getreidezölle.) In einer beachtenswerthen Studie über den Haushalt von 62 kleinbäuerlichen Betrieben und deren Erzeugung, Verbrauch, Verkauf und Zukauf an Getreide kommt Dr. Rud. König (vergl. „Statistische Mittheilungen von 62 kleinbäuerlichen Betrieben", Verlag von G. Fischer, Jena) zu dem Ergebniß, daß eine Zollerhöhung von 3,50 auf 6 ℳ — eine Erhöhung, die Verfasser zum Schutze der deutschen Landwirthschaft gegen die argentinische Concurrenz für nothwendig erachtet — eine Mehrbelastung von 4 ℳ pro Kopf der Bevölkerung jährlich hervorrufen müsse. Aber diese Belastung, von den Zollgegnern „Brodwucher" genannt, rechtfertige sich aus einer vierfachen Erwägung: Die Zollerhöhung bezwecke, den Stand der Getreideproducenten, der von keinem anderen Stand an Zahl und Bedeutung erreicht wird, aus einer unbestrittenen Nothlage durch Gleichstellung mit der ausländischen Concurrenz zu befreien. Mit der Erhöhung der Zölle auf Getreide rechnet der Verfasser auf Erhöhung der Reichseinnahmen und in Folge dessen — bei gleichbleibendem Budget — auf Verringerung der Umlagen. In dieser Beziehung weist allerdings die Berechnung bereits ein Loch auf; denn die Erhöhung der Reichseinnahmen würde nicht dem Reiche durch etwaige Herabsetzung der Matricularbeiträge zu Gute kommen, sondern sie soll zu socialpolitischen Zwecken: Pensionen für die Hinterbliebenen der Arbeiter u. s. w. verwendet werden. Wie jedoch immer die erhöhten Reichseinnahmen vertheilt werden, in jedem Falle genießt der Arbeiterstand, der am meisten durch die erhöhten Zölle belastet wird, die Ergebnisse der erhöhten Reichseinnahmen aus diesen Getreidezöllen. Drittens wird zur Rechtfertigung der Mehrbelastung der Trost angeführt, daß die Brodpreise, abgesehen von den Fällen einer Weltmißernte oder eines starken Anziehens des argentinischen Agios, auch bei 6 ℳ Zoll immer noch niedriger seien, als in der ganzen zweiten Hälfte des verflossenen Jahrhunderts. Endlich würde ein Zoll von 6 ℳ die gesammte Lebenshaltung in Deutschland doch noch nicht theurer gestalten, als in den übrigen Culturländern Europas. Niedrige Getreidezölle oder gänzlicher Fortfall von Getreidezöllen verbürgen, das geben wir dem Verfasser unbedenklich zu, durchaus nicht billigere Brodpreise. Das beweist England mit seinen billigen Weizenpreisen und die Schweiz ohne Getreidezölle. In beiden Staaten ist der Brodpreis höher als in Deutschland. Selbstverständlich können wir uns nicht für einen 6-Mark-Zoll erwärmen, sondern halten das im Zolltarif Gebotene für die äußerste Grenze der Belastung. Daß dies auch die Ansicht und Ueberzeugung der verbündeten Regierungen ist, lassen zwar die Ausführungen der Redner vom Regierungstische vermuthen, aber eine bindende Erklärung fehlt noch immer. Unseres Erachtens würde eine solche die bevorstehenden Commissionsverhandlungen wesentlich erleichtert haben.

* **Berlin**, 13. December. Zu einer lärmenden Polendemonstration kam es heute Abend in der Berliner Universität. Als Prof. Dr. Schiemann, der über „die Polenfrage im 19. Jahrhundert" liest, sein Auditorium betrat, begannen die ungewöhnlich zahlreich anwesenden polnischen Studenten zu johlen und zu pfeifen, so daß an einen Beginn der Vorlesung nicht zu denken war. Sie schienen mit ihren Protesten der Meinung Ausdruck geben zu wollen, daß Prof. Schiemann sein Thema nicht unparteiisch behandle. Die deutschen Studenten verhielten sich musterhaft; erst als Prof. Schiemann mehrfach vergebens zu sprechen versucht hatte, protestirten sie energisch und drohten mit thätlicher Gegenwehr, falls die Polen nicht Ruhe hielten. Schließlich zogen die Demonstranten, 30 bis 40 an der Zahl, ab, und die Vorlesung konnte ihren Anfang nehmen. Die anwesenden Officiere hatten sich jeder Kundgebung enthalten. Ueber die Vorgeschichte dieser Demonstration wird dem „B. L.-A." weiter berichtet: Gelegentlich seiner Schilderung der polnischen Bewegung in den dreißiger Jahren erwähnte Professor Schiemann vor einigen Wochen eine Verschwörung, deren Theilnehmer sich endlich zum politischen Mord verpflichtet hatten. Diesen Eid bezeichnete er als „ruchlos". Bald darauf erhielt er ein anonymes Schreiben, das, wie er beim Beginn seiner nächsten Vorlesung bemerkte, auf diese Aeußerung „in der anonymen Schreiben eigenen höflichen Art" Bezug nahm, und die Unterschrift trug: „Ein treuer Bürger des Deutschen Reiches". Professor Schiemann meinte, daß dieses Schreiben kein Deutscher verfaßt haben könnte, und ging dann dazu über, seine von dem Anonymus beanstandete Auffassung sachlich zu begründen. — Das fehlte auch gerade noch, daß diese slawischen Herrschaften unser Studententhum mit ihren politischen Wühlereien inficiren und unseren Hochschulen die Segnungen der Studentenunruhen zu Theil werden lassen! Wann wird endlich in Berlin das Zeitalter der goldenen Rücksichtslosigkeit gegen die polnischen Hetzer und ihre Beschützer anbrechen?

— Der Kaiser wird den Großfürst-Thronfolger von Rußland, der am Sonntag 7,30 Uhr Nachmittags auf dem Bahnhof Friedrichstraße eintrifft, dort persönlich empfangen. Zu dem Empfang sind auch die hier anwesenden Prinzen des königlichen Hauses befohlen.

— Zu der Erzählung von der Duellrede des Kaisers schreibt die „Voss. Ztg.":

„Die Nachricht ging uns von durchaus zuverlässiger Quelle zu, und können wir auch nach dem officiösen Dement nicht gut glauben, daß wir mystificirt sein könnten. Wir hatten jedenfalls keinen Grund, nach der bekannten Erklärung des Kriegsministers im Reichstage bei der Interpellation über den Zossenburger Duellvorgang an der Authenticität der Worte des Kaisers zu zweifeln, daß sie so oder wenigstens dem Sinne nach so gesprochen worden seien. Wir gedenken, in den nächsten Tagen Weiteres melden zu können".

Wir „gedenken" im Interesse der „Voss. Ztg.", daß dies der Fall sein wird.

— Der Kaiser wird den Marquis Ito und seinen Begleiter Tsudzuki morgen Mittag in Potsdam empfangen.

— In der am 12. d. M. unter dem Vorsitz des Staatssekretärs des Innern, Staatsministers Dr. Grafen v. Posadowsky-Wehner, abgehaltenen Plenarsitzung des Bundesraths wurden nach den Vorlagen 1) den statistischen Erhebungen über die Morbidität in den Heilanstalten, 2) einer fortlaufenden Statistik der Taubstummen, 3) der Verleihung der im § 104g der Gewerbeordnung bezeichneten Rechte an den Maler- und Anstreichermeister-Innungsverband von Rheinland und Westfalen die Zustimmung ertheilt. Außerdem wurde über verschiedene Eingaben Beschluß gefaßt.

— Die „Katlib. Corresp." schreibt: Es steht zu erwarten, daß das Centrum sehr bald im neuen Jahre auf die Berathung des Toleranzantrages Werth legen wird, soweit derselbe in der Commission zur Durchberathung gelangt ist. Im Uebrigen macht es sich je länger desto mehr beim Centrum als Uebelstand fühlbar, daß Herr Dr. Lieber durch seine Krankheit auf so lange Zeit von Berlin fern gehalten wird. Aus Centrumskreisen verlautet, daß auch die Frage der Unterstützung der Polen durch das Centrum in der Wreschener Angelegenheit eine andere Wendung genommen hätte, wenn Herr Dr. Lieber die Führung des Centrums in der Hand haben würde.

— Die Einberufung des preußischen Landtages darf für den 8. Januar als sicher angesehen werden. Ueber die Eröffnungsform ist noch nichts bestimmt.

— Nach Meldungen aus zionistischer Quelle beabsichtigt der Deutsche Rabbinerverband, bei der Regierung dahin vorstellig zu werden, daß die jüdische Religion in Zukunft in religiöser und politischer Beziehung den anderen Bekenntnissen gleichgestellt werde, daß die Gemeindeverwaltungen in enge Beziehung zum Cultusministerium treten und die Rabbiner als Staatsbeamte mit staatlich garantirter Pfründe und Pensionsberechtigung angestellt werden sollen. In der Begründung wird gesagt, daß die Juden keine Volksgemeinschaft, sondern eine religiöse Gemeinschaft seien, und daß sie als solche ein Recht auf staatliche Gleichstellung mit den anderen Bekenntnissen hätten.

— Die Vorarbeiten für die Regelung des Privatversicherungsrechts sind soweit fortgeschritten, daß sie wahrscheinlich zu Ostern der gutachtlichen Berathung von Sachverständigen aus dem ganzen Reiche unterbreitet werden können.

— Bei den Zustimmungserklärungen für Mommsen sind von den preußischen Universitäten nur noch Berlin, Greifswald, Göttingen und Halle (und die Akademie Münster) unvertreten. Aus Breslau, Kiel, Marburg, Königsberg, Bonn sind, ebenso wie von den Universitäten München, Heidelberg, Erlangen, Würzburg, Gießen, Leipzig, Straßburg, Freiburg, Jena schon vorher Zustimmungskundgebungen abgegangen, ferner von den süddeutschen technischen Hochschulen München, Karlsruhe, Stuttgart, endlich aus Wien, Innsbruck und Graz. Außer den vorhin erwähnten vier preußischen Hochschulen haben sich nur Tübingen und Rostock von allen deutschen Universitäten ausgeschlossen, Tübingen als die einzige süddeutsche Universität, während gerade die in den überwiegend katholischen Gebieten Süddeutschlands gelegenen als die ersten auf dem Platze waren.

— Eine interessante Regelung der Ruhegehälter seiner Beamten und der Versorgung ihrer Hinterbliebenen richtet der Deutsche Kriegerbund vom Januar 1902 ein. Die Beamten werden ohne Rücksicht auf ihr Gehalt verpflichtet, sich in der höchsten Lohnclasse der Reichs-Altersversicherung zu versichern; die Hälfte der Beiträge trägt der Deutsche Kriegerbund. Den in den Ruhestand tretenden Beamten zahlt der Bund zu den Altersrenten so viel zu, bis das erdiente Ruhegehalt erreicht ist. Das Beamten-Ruhegehalt, sowie die Wittwen- und Waisen-Versorgung ist nach den für die Staatsbeamten geltenden Gesetzen geregelt. Die Beamten sollen bei genügender Leistung in der Regel mit 30 Jahren fest angestellt werden und mit 48 Jahren das Höchstgehalt erreichen. Diese Regelung dürfte für große Corporationen und industrielle Gesellschaften von Interesse sein.

— Zu der Meldung des „Vorwärts" über die Verwendung von Gymnasiasten als Posthilfskräfte erfährt das „B. T." von zuständiger Seite, daß allerdings ein Postvorsteher in Charlottenburg das betreffende Gesuch an den Director des dortigen Reformgymnasiums gerichtet habe, aber ohne daß die Oberpostdirection von diesem Vorgehen Kenntniß hatte. Vielmehr sei schon vor einigen Tagen die Verfügung ergangen, keine Schüler der höheren Lehranstalten als Hilfskräfte bei der Post zu verwenden. Das Gesuch des Charlottenburger Postvorstehers, der von der Verfügung noch nicht unterrichtet war, sei dementsprechend rückgängig gemacht worden.

— Zur Frage der etwaigen Umgestaltung der preußischen Classenlotterie nimmt jetzt auch die ministerielle „Berl. Corr." das Wort. Der Absatz der Loose läßt, vom fiscalischen Standpuncte gesprochen, zu wünschen übrig. Um die Spiellust trotz der „Verschärfung und weiteren Ausdehnung des allgemeinen Niederganges im Erwerbsleben" anzustacheln, sollen für das spielende Publicum allerlei Erleichterungen geschaffen und die Privatlotterien sollen eingeschränkt werden, um dem Betrieb der Staatslotterieloose unangenehmen Wettbewerb zu ersparen. Von der Einführung einer Prämie ist dagegen abgesehen worden.

— Der Oberbürgermeister Schmieding in Dortmund ist, wie das „Dortmunder Tagebl." mittheilt, von seiner vorgesetzten Behörde aufgefordert worden, Bericht über die Angelegenheit Bredenbeck zu erstatten. — Der Kieler Schriftsteller und Journalisten-Verein hat sich einmüthig dem Proteste des Vereins „Berliner Presse" gegen die unterbliebene Behandlung des Redacteurs Bredenbeck angeschlossen.

— Der Magistrat hat heute beschlossen, zu der Interpellation, betr. die herrschende Arbeitslosigkeit, der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage mit statistischen Daten zur Kenntnißnahme zu unterbreiten.

— Bei der Stadtverordneten-Nachwahl in Schöneberg bei Berlin errangen die Socialdemokraten zwei Sitze; sie besitzen nun sechs.

— Freiherr Friedrich Leopold v. Fürstenberg, ehemaliger Kammerherr des Kaisers Friedrich ist gestern auf seinem Schlosse Hugenpoet bei Düsseldorf verstorben.

— Das Befinden des Staatssekretärs v. Thielmann hat sich bedeutend gebessert, so daß er nicht mehr das Bett zu hüten braucht.

— Dem Rittmeister a. D. Friedrich Erdmann Karl Gustav Alexander Graf v. Blankensee-Pückler ist die Führung des Namens „Graf v. Pückler und Blankensee" gestattet worden.

— Der neue chinesische Gesandte am Berliner Hofe, General Yintschang, hat heute die Geschäfte der Legation übernommen. Der Uebernahme ging eine feierliche Ceremonie voraus, zu der sich um 10 Uhr Vormittags die Mitglieder der Gesandtschaft in der in der großen Querallee belegenen Wohnung Yintschang's versammelten. Der Würde des feierlichen Actes entsprechend, hatten die Herren ihre prächtigsten Staatsgewänder angelegt. In seiner Ansprache theilte der neue Gesandte zunächst officiell mit, daß er nunmehr an die Stelle seines Vorgängers getreten sei. Daran knüpfte er die Bitte, auch ihn in gleicher Hingebung unterstützen zu wollen, damit er das ihm vom Kaiser anvertraute Amt zur Zufriedenheit des Herrschers und zum Segen Chinas ausüben könnte.

* **Oldenburg**, 13. December. Der Landtag stimmte in seiner gestrigen Sitzung der Einführung jährlicher Finanzperioden bezw. der Berufung ordentlicher Landtage u. s. w. einstimmig in erster Lesung zu. Die betr. Gesetze sollen am 1. Januar 1906 in Kraft treten.

* **Posen**, 13. December. Das gestrige Paderewski-Concert im polnischen Theater gestaltete sich zu einer großen demonstrativen polnischen Kundgebung. Der polnische Adel und die Intelligenz waren überaus zahlreich vertreten. Paderewski wurde mit Blumenspenden stürmisch überschüttet. Viele Kränze trugen roth-weiße Schleifen. Ein beträchtlicher Theil der Einnahmen soll dem Wreschener Unterstützungsfonds überwiesen werden. — Das wird die biederen deutschen Musikenthusiasten nebst Gemahlinnen und Töchtern wahrscheinlich nicht abhalten, dem Herrn mit dem genialen Haarwuchs ihr gutes deutsches Geld zufließen zu lassen.

* **Münster**, 13. December. Wegen des Straßenumzugs im Lüdinghausen gelegentlich der Auflösung der Jesuitenmission verurtheilte die Strafkammer zu Münster den Grafen Droste-Vischering zu 100 ℳ, sieben andere Angeklagte zu je 15 ℳ Strafe. Vier Personen wurden freigesprochen. — Der Provinzialausschuß beschloß, für den Fall der Ausgestaltung der Akademie zur Universität durch Hinzufügung der juristischen Facultät der Staatsregierung 125 000 ℳ für die erste Einrichtung zur Verfügung zu stellen. Die Stadt Münster bewilligte bereits den gleichen Betrag.

* **Lüdenscheid**, 13. December. Trotz der überall im deutschen Reiche herrschenden Sympathie für die Boeren, so schreibt die „Rhein.-Westf. Ztg.", dürfte der Fall doch noch vereinzelt dastehen, daß eine Behörde aus Gemeindemitteln den Boeren eine Unterstützung zukommen läßt. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung der Landgemeinde Lüdenscheid bewilligte das Collegium zur Unterstützung der tapferen Boeren die Summe von 100 ℳ, welche dem „Deutschen Boerenhilfsbund" überwiesen wurde.

* **Wiesbaden**, 13. December. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl in der dritten Classe wurde zum ersten Male ein Socialdemokrat in das Stadtverordneten-Collegium gewählt.

* **Aus Württemberg.** Aehnlich wie bei der Reichspostverwaltung ist auch, wie die „D. Verkehrsztg." hört, bei der württembergischen Postverwaltung Anordnung getroffen worden, daß angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit über die Dauer des bevorstehenden Weihnachts- und Neujahrsverkehrs in erster Linie Civilpersonen zu Aushilfsdienstleistungen beigezogen werden sollen. Von der Maßregel, Soldaten bei der Bewältigung des Weihnachtsverkehrs zu verwenden, soll in diesem Jahre nur in Ausnahmefällen Gebrauch gemacht werden.

* **Straßburg**, 13. December. Vor dem Mülhauser Schöffengericht kam die sensationelle Beleidigungsklage des Stadtraths Böhm gegen den früheren Reichstagsabgeordneten Bueb zur Verhandlung. Letzterer hatte Böhm öffentlich bezichtigt, Octroi in Höhe von 14 000 ℳ hinterzogen, sowie Proceßkosten auf die Stadt überwälzt zu haben. Bueb wurde freigesprochen. Das Urtheil stellte fest, daß ein Klagepunct verjährt, im Uebrigen der Wahrheitsbeweis erbracht sei. In der Verhandlung wurde festgestellt, daß in Mülhausen seit etwa zwanzig Jahren eine ordentliche regelmäßige Octroicontrole der Holzlager nicht stattfand, daß ein Octroicontroleur wegen Nachlässigkeit bei Ausübung seines Amtes disciplinarisch bestraft worden sei, sowie daß mehrere Inhaber von Freilagern Summen in Höhe von 15 000 ℳ, 6000 ℳ u. s. w. an Octroi nachzahlen mußten.

Oesterreich-Ungarn.

Staatsstreich?

W. **Wien**, 13. December. In parlamentarischen Kreisen wurde heute erzählt, der Kaiser habe bei den letzten Audienzen zu einem feudalen Großgrundbesitzer geäußert, wenn es mit diesem Parlamente nicht gehe, werde etwas anderes geschehen müssen. (N. Fr. Pr.)

W. **Wien**, 13. December. Der Abgeordnete Kozlowski ist heute aus der parlamentarischen Commission des Polenclubs ausgetreten, weil der Obmann Jaworski es abgelehnt hat, von dem Ministerpräsidenten v. Körber wegen seiner Entgegnung auf die von dem Abgeordneten Szerdahelyi in der Sitzung vom 10. December gehaltene Reden Aufklärungen zu verlangen.

Es verlautet, der Ministerpräsident v. Körber habe einem Angehörigen des Clubs des feudalen Großgrundbesitzes erklärt, die in seiner Rede am letzten Montag in Aussicht gestellten Consequenzen würden sicher eintreten, wenn die Versuche, das Parlament arbeitsfähig zu erhalten, scheitern würden.

Deutsche Volkspartei.

* **Wien**, 14. December. (Telegramm.) Gestern Abend wurde hier eine von der deutschen Volkspartei einberufene Versammlung abgehalten, der die Abgeordneten Boelkle, Beusle, Winter, Kleewein und Nowak beiwohnten. Auch zahlreiche Christlich-Sociale waren erschienen, die während der Ausführungen Beusle's ihn stürmisch unterbrachen. Schließlich löste der Vertreter der Regierung die Versammlung auf und ließ den Saal durch die Sicherheitswache räumen. Boelkl wurde auf der Straße von einer Gruppe Christlich-Socialer erwartet, die ihn unter Drohrufen durch die Straße begleiteten, bis es ihm gelang, in einen Wagen zu steigen und wegzufahren.

Behördliche Belästigungen der Evangelischen.

In der deutschen Ortschaft Boreslau hatte der dortige Grundbesitzer Loos, nachdem er vom Katholicismus zum Protestantismus übergetreten war, als Vorstand der Predigtstation wiederholt evangelische Familienabende veranstaltet, an denen 50 bis 60 Personen theilnahmen. Daraufhin erstattete die untere Verwaltungsbehörde Anzeige

---

gut bekannt war und so plötzlich abgesetzt worden ist, würde er sich dafür interessiren."

„Das thue ich auch, bester Ernesti", versetzte der Baron.

„Aber nun, meine Herren", empfahl sich die Baronesse, „müssen Sie gestatten, daß ich mich für ein paar Augenblicke zurückziehe; mein Pflicht als Hausfrau gebietet eine letzte Inspection."

Damit verschwand sie und ließ die Herren unter sich. Frazzilo brachte den Bildhauer wieder auf das H . . . sche Thema und lockte aus ihm durch stets erneute Fragen Alles heraus, was man sich in H . . . über seine Gemahlin erzählte.

„Und glauben Sie denn all' den abgeschmackten Klatsch?" fragte Frazzilo.

„Da soll mich Gott bewahren! Lucy versicherte mir, die Prinzessin wäre ein wunderbar schönes Weib, eine hochgebildete Dame und eine herzensgute Frau. Der pure Neid spreche aus den Verleumdungen des Hofes; anfangs war es verboten, über die Prinzessin zu schreiben, geschweige ein Bild von ihr auszustellen. Nachher wurde es gestattet, und da sah ich denn auch eine in Petersburg gefertigte Photographie bei einem Buchhändler, aber bekam ich da einen Schreck!"

„Wieso?" fragte der Baron.

„Ich müßte kein Bildhauer sein und keine Augen haben, wenn ich nicht sofort gefunden hätte, daß das Bild der Prinzessin und unsere Marmorbüste die stärkste Aehnlichkeit hätten!"

„O, schon wieder eine Aehnlichkeit!"

„Ja, Herr Graf, es thut mir leid, daß ich es sagen muß, aber der Herr Baron könnte, wenn er wollte, dasselbe bezeugen; denn er hat die Prinzessin doch gesehen. Wissen Sie, Herr Graf, der Herr Baron ist eben ein Diplomat, er sagt nichts, — und wenn er's zehn Mal genau weiß. Man sagt nicht umsonst, das Leben an einem Fürstenhofe wirke nachtheilig auf eheliche Charaktere . . ."

„Sagen Sie da nicht zu viel, Ernesti?" warnte Werascheck.

„Durchaus nicht."

„O, ich möchte wetten", versetzte Eber, „er wird auch bei der Gräfin Bienheim, die ihn gewiß nie begegnet ist, wieder eine täuschende Aehnlichkeit mit irgend Jemand entdecken. Sollte diese Aehnlichkeitsjagd bei Ihnen nicht ein krankhafter Zustand sein, für den man bei Zeiten etwas thun sollte!"

„Nein, Herr Baron, was meine Augen sehen, das glaubt mein Herz. Es ist so, wie ich sagte. Na, Sie wollen's blos nicht sagen!"

Man begab sich alsdann nach dem Speisesaal und Frazzilo nahm den Platz neben der Gräfin Bienheim ein. Ernesti saß neben dem Baron, welcher seine Braut zur rechten Seite hatte. Als der Bildhauer der Gräfin vorgestellt wurde, durchzuckte es ihn; man ahnte natürlich, was ihn so frappirte. Baron Eber gestattete sich das Vergnügen, ihn leise zu fragen, was er denn habe?

„Hat die gnädige Gräfin noch eine Schwester?"

„So viel mir bekannt, nicht. Warum denn?"

„Na, Baron, die Aehnlichkeit springt ja in die Augen."

„Mit wem? Sie sind krank, Ernesti, lassen Sie hier um Gotteswillen Ihre Aehnlichkeitsmanie endlich weg; dergleichen wirkt langweilig."

Das half eine Zeit lang; dann kam der Toast auf das Brautpaar, und Ernesti klingte sein Glas mit dem der gegenübersitzenden Gräfin an. Er betrachtete sie unausgesetzt mit dem Interesse des Künstlers, zuweilen störte ihn nur die intime Vertraulichkeit, die zwischen ihr und dem Grafen Helmborn, von dem er gehört hatte, er sei verheirathet. Vornehme Herrschaften haben andere Ansichten, dachte er. Er konnte sich aber nach einiger Zeit nicht enthalten, dem Baron wieder zuzuflüstern:

„Die Aehnlichkeit ist frappant; ich möchte sagen, die Gräfin oder ihre Schwester ist das Original unserer Marmorbüste!"

„Sie hat ja gar keine Schwester", sagte der Baron lauter, als er beabsichtigte.

„Wer denn?" fragte Graf Helmborn.

„Herr Ernesti meint", erwiderte Eber, „die gnädige Frau Gräfin müsse eine Schwester haben!"

„Ich? Leider nein!" antwortete Verowna.

„Und ich möchte darauf schwören, daß ich dem Original der Marmorbüste . . ."

„Regen Sie sich nicht auf, lieber Ernesti", sagte Frazzilo, „aller Scherz hat einmal ein Ende. Sie haben vollkommen Recht. Sie sehen das Original der Marmorbüste vor sich, welche Sie für mich nach dem im Besitze des Herrn Werascheck befindlichen Kunstwerk copirt haben. Das ist aber Alles leicht erklärlich, wenn ich Ihnen mittheile, daß ich der Erbprinz von H . . . bin und meine Nachbarin Ihre königliche Hoheit die Frau Erbprinzessin ist. Wir haben uns einen kleinen Spaß mit Ihnen erlaubt, den Sie hoffentlich nicht übel nehmen werden!"

„Da habe ich wieder einmal eine große Dummheit gemacht! Himmel, was habe ich Alles zusammengeschwatzt!"

„Ja, Ernesti", scherzte der Baron, „das Leben an einem Fürstenhofe wirkt verderbend auf eheliche Charaktere!"

„Machen Sie mich nicht rasend! Nein, so mit Blindheit geschlagen zu sein. Sie können mir gar nicht verzeihen, Hoheit; aber nur dieser Diplomat ist schuld daran!"

„Wir Alle sind daran schuld", entgegnete der Erbprinz freundlich, „und ich habe den Scherz veranlaßt, um die Wahrheit zu hören. Ich danke Ihnen für Ihre offenherzigen Kundgebungen. Seien Sie versichert, ich achte solche Leute, wie Sie, höher als alle Hofschranzen zusammengenommen. Schlagen Sie sich alle unnützen Gedanken aus dem Kopf und seien Sie fröhlich mit den Fröhlichen. Es lebe die Kunst! Hoch! Hoch! Hoch!"

* * *

Mag im kurzen Erdenleben den Sterblichen auch manches Glück erblühen, es wird doch kein Mensch gefunden, der nicht irgend einen Wunsch im Herzen trägt. Geheimrath von Eber hatte nach langen Wanderjahren im Werascheck'schen Hause an der Seite seiner trefflichen Gattin die Friedensjahre seines Lebens geerntet.

Anfangs beschäftigte er sich viel mit Kunststudien, dann gewann er Geschmack an dem Geschäfte seines Freundes, der ihn oft um Rath fragte, namentlich, wenn es sich um juristische Fragen handelte.

Zur Hochzeit des Barons war das erbprinzliche Paar wieder in München erschienen, um nach der Feier in das Herzogthum zu reisen. Der Herzog hatte die Landesverweisung Eber's aufgehoben, worauf der Erbprinz seine Heimkehr zusagte.

Ossenmann hatte sich schnell in seine neue Stellung eingelebt und blieb seinem neuen Herren zeitlebens treu. Ossenmann's Frau bewährte sich bald als vorzügliche Pflegerin der Frau Werascheck.

Aber die Sonne des Glückes verschwand bald hinter Wolken, als Herr von Werascheck plötzlich einem Schlaganfall erlag; er, der kräftige, lebensfrohe, schaffensfreudige Mann, wurde unerwartet vom Tode dahingerafft, während seine seit Jahren kränkelnde, gelähmte Frau ihn überlebte. Da hieß es für Franz von Eber kräftig eingreifen in das Bankgeschäft Herden, als dessen Mitinhaber er von Frau von Werascheck bestätigt wurde. Er fand sich in die seine ganze Zeit und Kraft in Anspruch nehmende Leitung des großen Geschäftshauses bald, weil er sich dem neuen Berufe mit vollem Eifer widmete.

Nochmals trat von H . . . aus die Versuchung an ihn heran, als er ein Jahr später ein Telegramm erhielt, des Wortlautes:

„Mein Herr Vater ist zu seinen Ahnen abgerufen worden. Kommen Sie. Helfen Sie mir, die Bürde der Staatsgeschäfte tragen. Nun erst kann ich Ihre Dienste voll belohnen.

Albrecht Alexander."

Ein nachfolgendes Schreiben trug dem Geheimrath den Posten eines Staatsministers in H . . . an, allein Franz von Eber zog es vor, fern von Fürstenhöfen nur dem Wohle seiner Familie zu leben. Zu diesem Entschlusse trug jedenfalls viel der Rath seiner klugen Frau bei, die der Meinung war: „Wer nicht muß, aber nicht von maßlosem Ehrgeize geplagt ist, lebt nicht an einem Fürstenhofe. Glück und Frieden blühen meist dort nicht, das haben auch unsere erhabenen Freunde erfahren!"

„Ja", sagte er, „auch Seine Hoheit!"

Ende.